

Inhalt

Politik in Reinickendorf.....Seite 2
Strom und Gas in Berlin
Diskussion um Rahmenlehrplan
Visitenkartenparty
Alle Tassen im Schrank

Dritte Seite.....Seite 3
Untergang und Befreiung
Erinnerungen an Kriegsende 1945

Kultur.....Seite 4
Zum Tode von Günter Grass
Baustelle Staatsoper
125 Jahre Freie Volksbühne
Leseempfehlungen

Kiez.....Seite 5
Aktives Zentrum Residenzstraße
Schokolade aus Reinickendorf
Wohnungen auf dem TXL-Gelände

Reise.....Seite 6
Wandern im Alentejo
Hotelier des Jahres

Sport.....Seite 7
Sportmetropole Berlin

Panorama.....Seite 8
Tröglitz – „Schande für Deutschland“
Fußball für Flüchtlinge
Kundgebung am 1.Mai

Willy Brandt (1933–1992)



„Demokratie braucht Leistung“

„Gutes Regieren“

RZ-Interview mit dem Regierenden Bürgermeister

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller ist gegenwärtig der mit Abstand beliebteste Politiker in Berlin. Seit seiner Wahl als Wowerit-Nachfolger am 12. Dezember 2014 hat Müller es in den Umfrageergebnissen auf Spitzenwerte gebracht, die Wowerit nur in seinen besten Zeiten erreichte. Die RZ sprach mit Michael Müller über Gegenwart und Zukunft unserer Stadt.

RZ: Lob rundum für Michael Müller und seinen erneuerten Senat. Und wie sieht es der Regierende nach mehr als hundert Tagen?

MM: Es ist wirklich spannend und toll, mit dieser neuen Aufgabe auch Dinge neu kennen zu lernen. Zum Beispiel im Kulturbereich, der für mich ja neu hinzugekommen ist. Es gibt eine andere Wahrnehmung, die ich besonders bei öffentlichen Terminen spüre, und eine andere Erwartungshaltung an mich als Regierenden Bürgermeister. Es macht viel Spaß und ich fühle mich sehr gut im Amt angekommen und gut aufgenommen im Roten Rathaus und bei den Berlinerinnen und Berlinern.

Was die Menschen im Alltag beschäftigt

RZ: Im wahren Wortsinne gibt es etliche Baustellen – vom BER bis zur Staatsoper. Könnte das irgendwann die gute Stimmung vermiesen?

MM: Bei einigen großen Themen gibt es etwas in Ordnung zu bringen. Besonders natürlich beim Flughafen. Da ist mir besonders wichtig, dass wir jetzt nicht an nächste, große Erweiterungsschritte denken, sondern den Flughafen fertig kriegen. Die Berliner erwarten zu Recht, dass da so schnell wie möglich geflogen wird. Das steht im Vordergrund. Aber ich glaube auch, dass neben diesen großen Themen wie dem Flughafen für die Berlinerinnen und Berliner auch eine Rolle spielt, was jeden Tag vor ihrer Haustür passiert. Das ist mir jedenfalls ebenso wichtig. Das meine ich mit dem Begriff „Gutes Regieren“: Dass wir uns genauso kümmern um die Schulsanierung oder um den Ausbau des Personennahverkehrs und um gutes und bezahlbares Wohnen – um das, was die Menschen täglich in ihrem Alltag beschäftigt. Darum muss sich Politik kümmern.

RZ: Ist denn zu erwarten, dass sich die unbestrittenen Erfolge in der Berliner Haushaltspolitik in absehbarer Zeit auch im Berliner Alltag niederschlagen?

MM: Ja – auf jeden Fall. Dafür haben wir am 8. Januar in der Senatsklausur den Grundstein gelegt haben, indem wir entschieden haben, knapp 500 Millionen Euro zusätzlich zu investieren, neben dem was wir sowieso schon tun. Das Geld fließt ganz besonders in die Infrastruktur, die ich genannt habe – also in Schulen, Wohnen, in den Verkehrsausbau, auch in die innere Sicherheit. 500 Millionen – das ist eine Summe, von der wir bis vor kurzem nur geträumt haben. Jetzt haben wir uns Spielräume erwirtschaftet und können diese in die Schuldentilgung stecken und 500 Millionen investieren. Das ist etwas, das bei den Berlinerinnen und Berlinern auch ankommen wird.

Die wachsende Stadt

RZ: Dauerthema waren in der Vergangenheit die Bezirke und ihre finanzielle



Michael Müller (vorne rechts) am Tag seiner Wahl auf der Regierungsbank

Fotos: Borkenhagen

und somit personelle Ausstattung. Diese Engpass-Situation scheint sich mit dem neuen Senat – und einem neue Finanzsenator – etwas zu entspannen.

MM: Wir haben wegen der großen Sparanstrengungen einige Bereiche in den letzten 1015 Jahren auf Verschleiß gefahren. Diese Situation können wir jetzt verbessern. Auch neues Personal muss nun nach dem jahrelangen Abbau an wichtigen Stellen dazukommen. Denn: Die Stadt wächst. Es gibt immer mehr Berlinerinnen und Berliner. Wir haben Service-Stellen, dort braucht man die Dienstleistung der Verwaltung – zum Beispiel in den Elterngeldstellen oder in den Bürgerämtern. Deshalb haben wir beschlossen, wieder mehr auszubilden. Das ist ganz wichtig, damit wir den Nachwuchs in die Verwaltung bekommen. Und dort, wo es Servicefunktionen der Verwaltung für die Bevölkerung gibt, wollen wir mehr Personal einstellen. Das ist wichtig – auch an dieser Stelle lässt sich nicht ewig nur sparen.

Hauptstadt der Volksbegehren

RZ: In den letzten zehn Jahren gab es in keinem anderen Bundesland so viele Volksbegehren und Volksentscheide wie Berlin. Hat das für die Politik etwas gebracht – eingedenk der Enttäuschungen, die damit auch verbunden waren?

MM: Es hat etwas gebracht, weil wir mehr miteinander in die Diskussion kommen – die Stadtgesellschaft und die Politik. Das ist wichtig. Es ist ja keine Berliner Besonderheit, dass die Menschen zunehmend hinterfragen, kritisieren, informiert werden wollen. Dafür muss es die entsprechenden Instrumente geben. Denn: Partizipation ist mehr als Information. Die Menschen wollen mitentscheiden können. Das haben wir sichergestellt und das nehmen wir auch ernst. Auf der anderen Seite hoffe ich, dass viele Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, dass unsere parlamentarische Demokratie eine wichtige Aufgabe hat und behält: Opposition, Regierung, Abgeordnete im Parlament haben die Aufgabe, einen Kompromiss zu suchen. Das heißt: Die parlamentarische und die direkte Demokratie ersetzen sich nicht. Sie ergänzen sich. **RZ: Ein defizitärer Bereich in Berlin mal herausgegriffen: Die Bäderbetriebe. Zwei multifunktionale Badeanstalten und ein Spaßbad im Tierpark – das war's?**

MM: Nein – natürlich nicht. Schon Erhart Körting hat ja als damaliger Sportsenator das Bäder-Sanierungsprogramm initiiert. Auch wieder unter dem Gesichtspunkt „Wachsende Stadt“. Mehr Menschen, mehr Kinder, das heißt wir brauchen mehr und

gute Wasserflächen, für den Schulsport, für den Breitensport. Auch da sind Investitionen richtig. Beim Thema „Spaßbäder“ bin ich sehr zurückhaltend. Das können Private machen – und rund um Berlin gibt es ja genug davon. Was die Berlinerinnen und Berliner erwarten können – gerade auch unsere Senioren und die Kinder -, das sind Wasserflächen zum Schwimmen und zum Trainieren. Das sicher zu stellen, ist eine öffentliche Aufgabe. Und dafür stellen wir auch gern Mittel zur Verfügung.

Der Hauptstadtvertrag



Michael Müller beim RZ-Interview.

RZ: In Kürze muss nach dem Ablauf von zehn Jahren der Hauptstadtvertrag – damit auch der Hauptstadt-Kulturvertrag – mit dem Bund erneuert werden. Wäre da nicht eine gesetzliche Regelung besser als alle zehn Jahre neue Verhandlungen und Abmachungen?

MM: Ich hoffe sehr, dass wir das anders als bisher miteinander verabreden können. Jetzt sind wir in der Vorbereitung der Verhandlungen für den nächsten Vertrag. Darin enthalten ist das Thema Kultur ebenso wie die innere Sicherheit. Doch wir brauchen eine dauerhafte Absicherung für die Aufgaben, die die Hauptstadt für den Bund übernimmt. Das ist neben Kultur und innerer Sicherheit zum Beispiel auch die exzellente Wissenschaft in Berlin. Wir bilden hier für die ganze Republik aus. 170 000 Studierende bleiben nicht in Berlin, sondern gehen nach dem Abschluss in alle Bundesländer. Also eine weitere Aufgabe, die wir übernehmen – Gleiches gilt für viele repräsentative Aufgaben. Ein Hauptstadtgesetz mit der entsprechenden finanziellen Absicherung ist unser Anspruch.

RZ: Ein direkter Zusammenhang besteht zum Humboldt-Forum. Da haben

Sie die Einrichtung einer ständigen Ausstellung zur Stadtgeschichte Berlins vorgeschlagen. Sogleich kam der Warnruf vom Bund: Das verursacht zusätzliche Kosten!

MM: Abwarten! Auch der alte Vorschlag „Welt der Sprachen“ würde zusätzliche Kosten verursachen und ist auch noch nicht in die aktuellen Planungen eingepasst. Und bauliche Änderungen brauchen wir nicht. Mein Ausgangspunkt ist ein anderer: Ich finde spektakulär, was der Bund hier in der Mitte unserer Stadt aufbaut. Diese Chance sollten wir nutzen. Da ist beim Humboldt-Forum eine Erweiterung der Bibliothek oder die „Welt der Sprachen“ vielleicht eine vertane Chance. Es geht doch darum, dass wir mitten in unserer Stadt zu Diskussionen einladen. Dass wir miteinander und voneinander lernen wollen – die Völker der Welt, die hier in Berlin zusammenkommen. Da hat Berlin vieles zu bieten. Wenn wir auf unsere Geschichte verweisen, dann soll da kein Heimatmuseum einziehen. Es werden vielmehr Ausgangspunkte sein für weitere Diskussionen, für ein friedliches Zusammenleben, für Toleranz und Weltoffenheit. Dafür steht Berlin – und das können wir einbringen.

Mit Optimismus in Richtung 2016

RZ: Bis zur Abgeordnetenhauswahl 2016 ist es noch ein Weichen hin. Eine politische Binsenweisheit besagt: Du brauchst einen Top-Kandidaten/in und zwei, drei knackige Programmpunkte, um eine Wahl zu gewinnen (Wahlprogramme liest sowieso kaum jemand). Der Kandidat scheint da zu sein. Wie siehst es mit den Programmpunkten aus?

MM: Ich glaube, wir werden drei große Überschriften haben: **Erstens: Gutes Wohnen in der Stadt. Zweitens geht es mir um Arbeitsplätze – ich will Vollbeschäftigung.** Auch wenn bei dem Wort mancher zusammenzuckt, es muss doch unser Ziel sein, dass alle Arbeit finden können. Und drittens will ich ein **gutes, solidarisches Zusammenleben in unserer Stadt.** Das bestimmt unser tägliches Leben und dafür muss die Sozialdemokratie auch stehen. Das ist mein Anspruch. Politik ist dafür da, jedem – unabhängig von seinem Geldbeutel – genau das zu ermöglichen. Eine große Aufgabe – es wird nicht alles von heute auf morgen gelingen. Aber man muss dieses Ziel jeden einzelnen Tag verfolgen und daran arbeiten.

Der Interview mit Michael Müller führte Alexander Kulpok.

SPD-Forderung: Gas und Strom in öffentliche Hand



Jörg Stroedter, MDA

Fotos: RZ

Bei Strom und Gas laufen gegenwärtig die Konzessionsverfahren für die Vergabe der Netze. Das Land Berlin beteiligt

sich mit einem eigenen Unternehmen, mit der „Berlin Energie“, an diesem Konzessionsverfahren.

Beim Gas hat die Finanzverwaltung als zuständige Vergabestelle „Berlin Energie“ den Zuschlag erteilt. Der bisherige Netzhaber, die GASAG, hat dagegen vor dem Landgericht Klage erhoben und beantragt, der GASAG den Zuschlag zu erteilen. Das Gericht hat dem Antrag der GASAG nicht entsprochen, aber andererseits den Zuschlag für „Berlin Energie“ für unwirksam erklärt. Inzwischen liegt die schriftliche Urteilsbegründung vor und das Land Berlin hat Berufung eingelegt.

Gasag – einst und jetzt

Das Unternehmen GASAG ist Ende der 90-er Jahre verkauft worden. Die drei Eigentümer sind Großkonzerne: EON, Vattenfall und Gaz de France. Wer sich die drei Eigentümer genauer anschaut, kann erkennen, dass dies mit der alten GASAG nichts mehr zu tun hat.

Es ist sinnvoll, dass das Land Berlin mit Hilfe der Gas- und Stromkonzessionen wieder stärkeren Einfluss auf die Energiepolitik im Land Berlin nimmt. Die Fehler der Privatisierung müssen

korrigiert werden, da sie nur kurzfristig Zuflüsse in den Landeshaushalt gebracht haben. Langfristig gehen die Gewinne woanders hin und kommen so nicht mehr dem Berliner Landeshaushalt zugute. Darüber hinaus zeigt die erfolgreiche Re-kommunalisierung im Bereich Wasser, dass der Verbraucher davon profitiert. Beim Wasser sind die Frischwasserpreise nach dem Rückkauf der Anteile durch das Land Berlin um 15 Prozent gesunken. Auch die Abwasserpreise sinken zusätzlich um rund sechs Prozent. Die Klage der GASAG vor dem Landgericht macht deutlich, dass mit den Konzessionen Geld zu verdienen ist und die Entscheidung, sich mit einem Landesunternehmen „Berlin Energie“ zu beteiligen richtig war. Das Gleiche gilt selbstverständlich für die Stromkonzession. Auch hier müssen die Gewinne künftig nicht mehr nach Schweden gehen.

Das neue Berliner Stadtwerk

Im vergangenen Jahr hat das Abgeordnetenhaus von Berlin die Gründung eines Stadtwerks beschlossen. Das neu gegründete Berliner Stadtwerk ist eine hundertprozentige Tochter der Berliner

Wasserbetriebe. Grundsätzlich zeichnet sich das Stadtwerk durch drei Geschäftsfelder aus:

- Erzeugung (Investitionen in erneuerbare Energieanlagen, primär Wind und Solar)
- Vertrieb
- Energiedienstleistungen (Strombeschaffung für das Land oder Landesgesellschaften, preisorientiertes Lastmanagement, Effizienzsteigerungen für Unternehmen)

Leider hat das Abgeordnetenhaus durch die Blockade der CDU nur ein Stadtwerk beschlossen, in dem der Handel mit zugekauftem Strom über den selbstproduzierten Strom aus Solar- und Windkraft ausgeschlossen ist. Dies muss schon aus wirtschaftlichen Erwägungen dringend geändert werden, denn jede Berliner und jeder Berliner sollte sobald wie möglich die Chance haben, Kunde des Stadtwerks zu werden. Der nur knapp gescheiterte Volksentscheid Energie sollte allen Fraktionen im Abgeordnetenhaus – auch der Berliner CDU – klarmachen, dass die Berlinerinnen und Berliner den Wunsch haben, wieder stärkeren Einfluss auf die Bereiche Strom und Gas zu nehmen.

Enquete-Kommission als Energie-Wegweiser

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat im Mai 2014 den Beschluss zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ gefasst. Unter meinem Vorsitz beschäftigen sich elf Mitglieder des Berliner Parlaments und fünf Sachverständige (die nicht dem Abgeordnetenhaus angehören) damit, die energiepolitischen Ziele des Landes Berlin bis zum Jahr 2050 festzulegen. Der Bericht wird dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit im Herbst 2015 vorgelegt werden. Hier geht es unter anderem um die Frage, wie können der öffentliche und der private Gebäudebestand Berlins energetisch modernisiert werden, sodass dieser langfristig klimaneutral betrieben werden kann. Das ehrgeizige Ziel ist, Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu machen. Berlin hat hierbei eine Vorbildfunktion in der Frage des Umgangs von Metropolen mit den Herausforderungen des Klimawandels übernommen.

Jörg Stroedter, MDA
Vorsitzender der SPD Reinickendorf

Entwurf eines Rahmenlehrplans: Unzureichend

Der von der Senatsverwaltung für Bildung zur Anhörung vorgelegte Entwurf eines neuen Berliner Rahmenlehrplans ist rundum – bei Lehrerinnen und Lehrern, bei Eltern, bei Schülerinnen und Schülern und bei Schulpersonen – auf Skepsis und Ablehnung gestoßen. Besonders die Absicht, den Geschichtsunterricht als eigenständiges Lehrfach abzuschieben, rief heftige Proteste hervor. Der Kreisvorstand der SPD Reinickendorf hat beantragt, den Plan länger als von der Senatsverwaltung geplant zu beraten und zu korrigieren. Fazit aller fachkundigen Stellungnahmen bisher: **In der jetzt vorliegenden Fassung ist der Rahmenlehrplan-Entwurf so gut wie nicht umsetzbar.**

Die RZ lässt an dieser Stelle als Lehrer den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf, Thorsten Koch, und den Reinickendorfer Elternvertreter Uwe Borkenhagen zu Wort kommen.

Der Lehrer: Ehrgeizig und anspruchsvoll



Thorsten Koch

Es ist ein großes Vorhaben, das sich die SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres für Berlin vorgenommen hat: 68 Lehrpläne sollen zu einem einzigen verschmolzen werden. Im November 2014 legte die Senatorin gemeinsam mit ihrem Brandenburger Kollegen Baaske (SPD) den Entwurf für einen neuen Rahmenlehrplan vor. Dieser soll für alle Klassen von 1 bis 10, für alle Grund- und Sekundarschulen, alle Gymnasien sowie für alle Förderschulen und Inklusionskinder in Berlin und Brandenburg gelten. Damit den unterschiedlichen Schulen und Schulformen, Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden und gleichzeitig die Forderung nach verbindlichen Bildungsinhalten zu erfüllen, ist ein ehrgeiziges Versprechen der Senatsbildungsverwaltung.

Für den Fremdsprachenunterricht sieht der Entwurf vor, alle bisherigen Lehrpläne durch einen einzigen Fachteil „Moderne Fremdsprachen“ zu ersetzen. Dieser soll ab August 2016 u. a. für Englisch und Sorbisch gleichermaßen seine pädagogische Wirkung entfalten. Die Fächer Geschichte, Erdkunde und Politische Bildung wird es in den Klassenstufen 5 und 6 zukünftig nicht mehr geben. Sie werden nach der Reform im neuen Unterrichtsfach „Gesellschaftswissenschaften“ gebündelt. Als verpflichtende Themenfelder unterrichten die Lehrkräfte dann fachübergreifende Themen wie „Ernährung – wie werden Menschen satt?“ und „Tourismus und Mobilität – schneller, weiter, klüger?“. Durch diese Bündelung stärke sie die drei bisherigen Unterrichtsfächer, erläuterte Sandra Scheeres ihre Absicht. Für den Deutschunterricht sieht der neue Lehrplan überdies ein großes Potenzial in der Mehrsprachigkeit der Berliner Schülerinnen und Schüler. Diese helfe dabei, „die sprachlichen Strukturen des Deutschen im Vergleich zu anderen Sprachen zu erfassen und zu nutzen“.

Herausragende fächerübergreifende Bedeutung wird zudem das neue Niveaustufenmodell spielen. Die aufeinander aufbauenden acht Niveaustufen sollen die Lernentwicklung des einzelnen Schülers bzw. der einzelnen Schülerin in den Blick nehmen. In jeder Klasse soll gleichzeitig auf vier Niveaustufen unterrichtet werden – eine anspruchsvolle Vorgabe, die erst noch realisiert werden will. Dies stellt einen gewichtigen Bruch mit bisherigen Vorstellungen dar. Die individuelle Lernentwicklung wird anstelle des bisherigen Jahrgangsdoppeltjahresziels einer Klasse im Mittelpunkt stehen.

Bis zum Ende der öffentlichen Anhörungsfrist im März sind mehrere Tausend Rückmeldungen von Lehrkräften, Fachkonferenzen, Schulkollegien, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Verbänden eingegangen. An der Spitze rangierten 521 Rückmeldungen zum Deutschunterricht. Die Stellungnahmen zum Fremdsprachenunterricht folgten bald dahinter. Großes Feedback erhielt ebenfalls die Petition „Geschichte darf nicht Geschichte werden!“ des Berliner Lehrers des Jahres 2013, Robert Rauh, welche unterdessen über

6.000 Unterstützer im Internet zählt. Die Bildungssenatorin lobte den gewaltigen Rücklauf. Er zeige, „wie wichtig es war, auf dem Weg zu einem neuen Rahmenlehrplan Raum für eine breite Beteiligung der unterschiedlichen Akteure zu bieten.“

Thorsten Koch

Der Elternvertreter: Mehr Zeit



Uwe Borkenhagen

Der neue Rahmenlehrplan in der Anhörungsphase ist – bezogen auf Inklusion und individuelles Lernen – ein guter Ansatz. Die Fachleute beim LISUM haben eine nicht zu unterschätzende Arbeit geleistet. Uns Eltern liegt dieses umfangreiche Werk allerdings erst seit einigen Wochen vor. In den unterschiedlichen schulischen Elterngremien haben wir den Entwurf des Rahmenlehrplans diskutiert und bewertet. Die Zeit dafür war bei der Fülle der Papiere und der grundlegenden Änderungen allerdings zu kurz. Eine angemessene Beteiligung der Eltern, aber auch der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte kam nicht zustande. Es wurden dennoch von zahlreichen Gruppen und Gremien Stellungnahmen bei der Senatsverwaltung eingereicht. Erste Einblicke in die Stellungnahmen des Landesschulbeirats (LSB), der Gewerkschaft GEW, der Vereinigung der Schuldirektoren, der Leitungen der Gymnasien (VOB) oder der Verbandsvertretung der Geschichtslehrer zeigen, dass es gegen den Entwurf an vielen Stellen erhebliche Bedenken gibt. Daher sollte die Senatsverwaltung für Bildung dazu verpflichtet werden, alle Einwendungen zeitnah auszuwerten und die dadurch gewonnenen Erkenntnisse und notwendigen Änderungen am Rahmenlehrplan in den Gremien der Eltern, Schüler und Lehrkräfte vorzustellen und in einer weiteren Anhörungsphase zu diskutieren.

Uwe Borkenhagen

Visitenkartenparty



Reinickendorfs Wirtschaftsstadtrat Uwe Brockhausen – auf unserem Foto in der Mitte neben Sebastian Saule von Berlin-Partner für Wirtschaft und Technologie (L) und Matthias Wichers von der Berliner Sparkasse – hatte am 12. März die Schirmherrschaft über die erste Visitenkartenparty, zu der die Sparkasse eingeladen hatte. Das Treffen mit rund 100 Gästen diente der Information über Wirtschaftsfragen und der Netzwerkbildung von Firmen – verbunden mit dem Austausch von Visitenkarten. Sebastian Saule berichtete über den umfangreichen Unterstützungsservice für die Berliner Wirtschaft. Stadtrat Brockhausen konnte resümieren „Mit dieser Visitenkartenparty haben wir eine erfolgversprechende neue Kontaktbörse in Reinickendorf geschaffen.“

Foto: RZ

Alle Tassen im Schrank



Freude bei der Bahnhofsmision am Zoo: MDA Thorsten Karge (auf dem Foto ganz rechts) übergab Spenden aus Reinickendorf – Tassen aller Art und Suppenschüsseln. Der Leiter der Bahnhofsmision Dieter Puhl (Dritter v. r.) hatte darum gebeten, weil bei der täglichen Versorgung von Obdachlosen in der Mission daran stets Mangel herrscht. Ein Spendenaufruf von Karge hatte in Reinickendorf eine große Resonanz. Alle – die Bahnhofsmision und der Abgeordnete Karge – waren daher erfreut und überrascht.

Foto: Giese

Anzeige

DOLMETSCHER- & ÜBERSETZUNGSDIENST
Dr. Gurbau Atakbayev

KONTAKT

Adresse: Tierärztinnen Str. 3,
13439 Berlin, Deutschland

Telefon: +49 30 22 89 67 3

Fax: +49 30 33 14 1 57 3

Mobil: +49 1 79 6 53 0 3 6

E-Mail: info@tercumecei.de
gurbau@t3.net

WebSite: www.tercumecei.de

WWW.TERCUMECEI.DE

LESEEMPFEHLUNGEN

Heinrich August Winkler

Die Geschichte des Westens

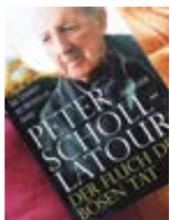


Mit dem vierten und letzten Band seiner „Geschichte des Westens“ steht Winkler mitten in der Gegenwart, in der allzu häufig Abgesänge das westliche Erbe begleiten. Der Historiker zeigt, dass die Gültigkeit von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten auch in ihrer Anziehungskraft ungeschmälert ist. Die entscheidende Frage ist lediglich, wie diese Ideen sich im neuen Wechselspiel der Mächte und Konflikte eingesetzt und umgesetzt werden.

Winklers Schilderungen und Analysen sind wie immer faszinierend. Ein Werk, das zum Verständnis der politischen Gegenwart und für den ungetrübten Blick in die Zukunft unentbehrlich ist. **Verlag C.H.Beck, München**

Peter Scholl-Latour

Der Fluch der bösen Tat



Der im vorigen Jahr verstorbene Altmeister der kenntnisreichen publizistischen Aufbereitung fasst in seinem letzten Buch die Versäumnisse und Fehler, die Untaten und Unfähigkeiten westlicher (Macht-)Politik, angeführt von den USA.

Die Chancen in der sogenannten „Dritten Welt“ und den heutigen Schwellenländern waren groß nach der Zeit des Kolonialismus. Genutzt wurden sie nicht, wie Scholl-Latour – der Vielgereiste und Kenntnisreiche – anschaulich belegt. Krisen und Konflikte im Irak, in Syrien und anderen Regionen des Vorderen Orients wurden vornehmlich von den USA angezettelt und verursacht. Die Folgen eines rücksichtslosen Fundamentalismus und einer Weltlage, die China in die Hände spielt und Moskau erneut zum Gegner werden lässt, werden von Scholl-Latour klar gebrandmarkt. Ein Vermächtnis, das für Verzweiflung zur Umkehr rät.

Verlag Propyläen / Ullstein, Berlin

Miriam Gebhardt

Als die Soldaten kamen



Die Historikerin und Journalistin Gebhardt packt ein Thema an, das völlig unverständlich bis ins 70. Jahr nach Kriegsende in Deutschland als „heißes Eisen“ gilt. Gründe dafür sind gewiss die Unsinnigkeiten von „Political Correctness“ und ein kenntnisloses Geschichtsverständnis, das mit Reflexen arbeitet. Denn keine Schilderung von an Deutschen begangenen Unrecht kann die von Deutschland zu verantwortenden Gräueltaten verniedlichen oder gar relativieren.

Gebhardt hat, wenn sie sich in ihrem Buch den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen bei Kriegsende widmet, zudem den Vorteil, dass damit erstmals die historisch falsche Behauptung widerlegt wird, sexuelle Gewalt sei allein sowjetischen Soldaten zuzuschreiben. In erschreckendem Maße zeigen auch Krisen und Konflikte der Gegenwart, dass solche Verbrechen offenbar unabänderlich kollateral sind. **Deutsche Verlags-Anstalt, München**

Sanierung der Staatsoper – ein Skandal?

Oper ist eine hübsche Unterhaltung, die noch besser wäre, wenn nicht dabei gesungen würde.“ Das wusste schon Claude Debussy, der französische Komponist. In der Staatsoper Unter den Linden ist genau dieser Zustand jetzt erreicht. Gesungen wird schon lange nicht mehr in diesem Haus. Stattdessen singen vielstimmige Chöre außerhalb der Staatsoper das Lied von einer umfassenden Aufklärung, von den Ursachen, Konsequenzen und der Verantwortung für die Terminüberschreitungen. Sie forderten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Die Sanierung der Staatsoper umfasst mehrere Akte und ist teilweise ein Drama: Die Bauzeit hat sich verlängert, die Kosten sind von ursprünglich 239 Millionen Euro auf jetzt geschätzte 390 Millionen Euro gestiegen. Davon übernimmt der Bund 200 Millionen Euro, den Rest das Land Berlin. Die Eröffnung mit vollständigem Spielbetrieb wird im Herbst 2017 sein. Auf alle



Baustelle Staatsoper

Foto: RZ

Einzelheiten dieser dramatischen Baugeschichte kann ich hier nicht eingehen. Nur so viel: Es sind an die 30 Firmen bei der Sanierung beteiligt. Das Gesamtprojekt umfasst fünf Bauteile: Zuschauerhaus, Bühnenhaus, Intendanz, Probenzentrum (ehemaliges Magazinhaus) und das unterirdische Bauwerk, in dem die gesamte Logistik untergebracht ist.

Verbessert werden sollen: Die Sicht auf die Bühne, die Verlängerung der Nachhallzeit auf 1,6 Sekunden, die Barrierefreiheit, die Klimatechnik, die Sicherheit und der Brandschutz. Die äußere Bauform wird dabei bewahrt und sensibel restauriert.

Vieles ist nicht so gelaufen wie geplant. Die Lehren können wir jetzt schon aus dem Debakel ziehen: Erst zu Ende planen, die Kosten realistisch ansetzen, um öffentliche Akzeptanz werben und dann bauen! Aber eines kann man auch sagen: Wir haben mit zahlreichen

Baustellen-Begehungen und Diskussionen im Parlament und in den Ausschüssen diese Sanierung ständig begleitet. Seit 2012 finden sich 32 Vorgänge auf der Website des Berliner Parlaments zu diesem Thema. Darunter sind zahlreiche schriftliche Anfragen mit den entsprechenden Antworten, Parlaments- und Ausschussprotokolle – alles öffentlich. Daran könnte natürlich auch die Opposition sehen, dass dieser Prozess transparent kommuniziert wurde. Ein Untersuchungsausschuss ist deshalb vollkommen unnötig, kostet Zeit, Geld und macht Arbeit, die wir sinnvoller für andere Projekte einsetzen könnten. Aber wir haben uns diesem Untersuchungsausschuss nicht verweigert. Ich werde dort als Vertreterin der SPD-Fraktion teilnehmen und diesen Ausschuss konstruktiv begleiten.

Brigitte Lange, MdB
Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

125 Jahre „Freie Volksbühne“

Im März 1890 wurde in Berlin der erste sozialdemokratische Verein „Freie Volksbühne“ gegründet – eine Theater-Besucherorganisation als Zweig der Arbeitervereine. Erfolgreich verwirklichtes Ziel war es, gegen einen einheitlich niedrigen Eintrittspreis regelmäßige Theaterbesuche – Schauspiel und Musiktheater – zu ermöglichen. Ein Markstein in der von Anbeginn auf Kultur und Bildung setzenden Geschichte der SPD. Berlin war in der wechselvollen Geschichte der Volksbühnen-Bewegung – die Nationalsozialisten haben diese Organisation 1933 ebenfalls verboten – stets das Zentrum. Ausgerechnet zum Volksbühnen-Jubiläum kam der Vorschlag, die Eintrittspreise für Theatervorstellungen spürbar zu erhöhen und das Ende 1914 am Luxemburgplatz eröffnete Volksbühnen-Haus in einen



Haus der Freien Volksbühne

Fotos: RZ



Heftig wie immer: Claus Peymann

Event-Schuppen umzuwandeln. Realisten und Kulturkenner registrierten solch Ideen weitgehend gelassen, weil sie wissen, dass Berlin – und auch die SPD – sich derartigen Unfug aus Selbstschutz nicht leisten kann. Anders die Theaterikone Claus

Peymann. Der streute Pfeffer in die allseits bekannte Berliner Wunde und nannte – für seine Verhältnisse recht moderat – den noch von Klaus Wowereit installierten Kulturstaatssekretär „die größte Fehlbesetzung des Jahrzehnts“. Gemach, werter Claus,

Rom ist bekanntlich auch nicht an einem Tag erbaut worden und ebenso brauchen die Müllerschen Begräbnisarbeiten (siehe Interview auf Seite 1) halt ihre Zeit.

Kp.

Verlassen

Ausstellung von Petra Lehnardt-Olm



Die Künstlerin Petra Lehnardt-Olm hat Orte scheinbar verlassener Zivilisation, einstige Schauplätze großer Betriebsamkeit, fotografiert. Der Fokus richtete sich auf Spuren, Formen und Zeichen, die Ereignisse in einem sichtbaren Prozess hinterlassen haben. Verlassenes als Nahtstelle zwischen Kultur und Natur. Gezeigt werden diese Fotografien aus Deutschland als UV-beständige Pigmentdrucke in Formaten bis zu 75 x 50 cm in einer signierten Auflage im SPD-Bürgerbüro in Waidmannslust. Mit künstlerischen Mitteln möchte die SPD-Abgeordnete für das Märkische Viertel und Lübars, Brigitte Lange, im Bürgerbüro auf politische Themen aufmerksam machen: „Die Ausstellung ‚Verlassen‘ steht im Zusammenhang mit der politischen Diskussion der Nachhaltigkeit. Wie wurden diese Orte früher genutzt? Was passiert mit den verlassenen Liegenschaften? Können sie einem anderen Zweck als bisher dienen? Die Fotografien von Petra

Lehnardt-Olm spiegeln diese Fragen wider, sie lassen uns Vergangenes und Zukünftiges spüren.“

Alexandra Sonntag, Künstlerin aus Bielefeld, schreibt zu der Arbeit von Petra Lehnardt-Olm: „Mir scheint der Faktor Zeit dabei als ein ganz wesentlicher Aspekt ihrer Herangehensweise in den Vordergrund zu treten. Zeit als der große Dramaturg bei der Veränderung von Fundstücken durch witterungsbedingte Erosion und Oxidation sowie Verwesung. Zeit als Idee eines linearchronologischen Ablaufs, der sich in Form eines Erinnerungsspeichers im Gegenstand manifestiert.“

SPD Bürgerbüro
13469 Berlin-Reinickendorf
Waidmannslust Damm 149
Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi und Fr 14–17 Uhr und Do 16–19 Uhr
Der Eintritt ist frei.
Dauer der Ausstellung: 6.3.–26.6.2015



Zum Tode von

Günter Grass

* 16. Oktober 1927 – † 13. April 2015

Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel hat sein Leben und Werk ebenso gewürdigt wie Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und Bundespräsident Joachim Gauck. Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass war ein Freund von Willy Brandt und lebenslang – bei allen Höhen und Tiefen – ein Freund der SPD. Am 13. April ist er in Lübeck im Alter von 87 Jahren verstorben. Sein Roman „Die Blechtrommel“ (1959) – von Volker Schlöndorff verfilmt – war das vital überquerende Lebenszeichen der deutschen Nachkriegsgeneration. Bis 1970 in Berlin zu Hause – in der Karlsruher Straße, wo heute ein Supermarkt steht, und in Friedenu, Mitglied der „Gruppe 47“ und auch des SFB-Rundfunkrats –, hat Günter Grass viel zum Flair und Lebensgefühl des kulturellen West-Berlin beigetragen. Seine Gegner betrachteten und behandelten ihn oft als Feind. Doch hinter der Fassade des zuweilen kritischen und grummigen Schnurrbartträgers verbargen sich herzlicher Humor und ein liebenswerter Charakter.

Aktives Zentrum Residenzstraße



Aktives Duo: Senator Andreas Geisel (r.) mit „Kastanienwäldchen“-Chef Norbert Raeder
Foto: Mazatis

Seit vielen Jahren wird intensiv über die Situation von Geschäftsstraßen diskutiert. Die Residenzstraße stand dabei häufig im Mittelpunkt. Ein-Euro-Läden und Spielhallen prägen das Stadtbild, qualitativer Einzelhandel findet praktisch nicht mehr statt. Hinzu kommt ein durch den Internet-Versandhandel geändertes Kaufverhalten, vor allem bei jüngeren Menschen.

Was also könnte helfen, die Geschäftsstraßen zu retten? Andreas Geisel, seit Dezember 2014 Senator für Stadtentwicklung, schlägt ein Geschäftsstraßen- und Einzelhandelskonzept vor. Das hat der Bezirk Reinickendorf bisher nicht. Baurechtliche Vorgaben würden zumindest helfen, „die Flut von Discountern zu minimieren“, so Geisel bei einer Diskussion am 18. März im „Kastanienwäldchen“ am Franz-Neumann-Platz anlässlich des vom

SPD-Abgeordneten Stroedter veranstalteten Stadtteiltages. Auch sollte man Ladezonen einrichten, um dem Parken in zweiter Reihe Einhalt zu gebieten. „Irgendwo müssen die Lieferanten ja schließlich anhalten.“ Konkrete Vorschläge hat auch Norbert Raeder, früher bei den „Grauen Panthern“ und weiterhin eine feste Größe im Kiez: „Die Menschen wünschen sich Bänke zum Ausruhen und dass es endlich mal losgeht und nicht immer nur geredet wird.“ Vieles könnte tatsächlich bald Realität werden. Denn die Residenzstraße ist vor kurzem in das Förderprogramm „Aktive Zentren“ aufgenommen worden. Damit bieten sich viele Möglichkeiten zur Um- und Neugestaltung des Kiezes. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich unter www.zukunft-residenzstrasse.de anmelden und mitmachen. Regelmäßig finden Foren zum Bürgerdialog statt. **Dirk König**



Delicacao-Chefin Andrich im Schokoladen-Gespräch mit Uwe Brockhausen (r.) und Gerald Walk
Foto: Borkenhagen

Süße Sachen aus Reinickendorf

RZ – Schokolade aus Kakaobohnen von Bali schmeckt anders als die Schokolade, die mit Bohnen aus Ghana hergestellt wird. Eine Erfahrung, die Stadtrat Uwe Brockhausen und der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Gerald Walk bei einem Besuch in Reinickendorfs originellster Schokoladenmanufaktur machten. „delicacao“ produziert seit 2010 in der Kopenhagener Straße als Familienbetrieb Süßes auf hohem Niveau. Die Produkte gehen in deutsche Lande, aber auch in die Schweiz, wo die

Schokoladenfabrikation einen hohen Stellenwert hat. Delicacao-Chefin Romy Andrich ist mit Recht stolz auf den Erfolg und den steigenden Absatz ihrer Produkte. Dazu gehören auf Berlin-Touristen zielende Artikel wie „Brotaufstrich: Berliner Mauerbruch“ oder „Berliner Wurst“ ebenso wie der Verkauf von Kakao-Masse aus Madagaskar. Die Schokoladensorten von „delicacao“ reichen von „70% Ingwer“ bis „Ziegenmilch 53% Holunder“. Und wer mehr sehen, kosten und wissen will, kann an einer Führung und Verkostung bei „delicacao“ teilnehmen (www.delicacao-berlin.com).



Reinickendorfs Wappen leuchtet

Wirtschaftsstadtrat Uwe Brockhausen (SPD) tourt beständig durch seinen Bezirk. Bei einem Besuch der seit fünf Jahren in Reinickendorf der ansässigen Speditionsfirma BOS und ihrem Geschäftsführer Osman Sönmez erlebte Brockhausen eine freudige Überraschung: Alle neuen Sattelzüge von BOS schmückt fortan das leuchtende Wappen von Reinickendorf (siehe Foto mit Stadtrat Brockhausen rechts und Osman Sönmez). BOS hat in den letzten Jahren viel in seinen Gewerbepark und den modernen Fuhrpark in der Wallenroder Straße in Wittenau investiert. Stadtrat Brockhausen konnte der Spedition und



V.l.n.r. Geschäftsführer Osman Sönmez mit Wirtschaftsstadtrat Uwe Brockhausen
Foto: RZ

dem Reinickendorf-Wappen allzeit gute Fahrt wünschen.

Vermeidung von Leerstand

Stadtrat Brockhausen will den unschönen Leerstand von Laden- und Schaufensterflächen im Bezirk Reinickendorf durch Zwischennutzung vermeiden helfen. „Sollten Ladenflächen schwer vermietbar sein, so sind attraktive Zwischennutzungen eine gute Möglichkeit, negative Effekte vor Ort zu vermeiden“, erklärte Brockhausen. Leerstand und unansehnliche Schaufenster haben zweifellos Nachteile fürs Image.

Flughafengelände Tegel als Wohnquartier



So könnten Wohnungen auf dem TXL-Gelände aussehen.
Foto: RZ

Noch setzen am Rande der Autobahnausfahrt der A 111 zum Kurt-Schumacher-Platz die Flugzeuge auf die Landebahnen von TXL auf. In einigen Jahren entsteht dort ein völlig neuer Ortsteil von Reinickendorf.

Im Bereich des Kurt-Schumacher-Damms wird am östlichen Rand des Flughafen-Areals ein Wohnquartier mit 5000 Wohnungen und zugehöriger Sozialinfrastruktur – Kindergärten und Schulen – auf rund 40 Hektar Fläche geschaffen. Die geschätzten Baukosten für das Quartier belaufen sich auf etwa eine Milliarde Euro. Bis zu 50 Prozent der Wohnungen werden sozial gefördert, so dass eine breite Mischung sichergestellt ist. Vor allem städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen hier bauen. Ein Grüngürtel von acht Hektar Fläche als westliche Abschirmung zum Forschungs- und Technologiepark auf Höhe des Flughafentunnels kommt hinzu. Ein wichtiges Signal, dass auf öffentlichen Flächen in Reinickendorf preiswerter neuer Wohnraum entsteht.

Der Senat will zügig nach dem Ende des Flugbetriebes im Jahr 2018 mit dem Bau des Kurt-Schumacher-Quartiers beginnen. Bereits parallel zur Betriebseinstellung auf dem Flughafen kann das Bauplanungsrecht

umgesetzt werden. Da auf dem Areal des Flughafens derzeit mit fast 15 000 Arbeitsplätzen und 5000 Wohnungen gerechnet wird, gibt es eine Trassenfreihaltung für ein spurgebundenes Nahverkehrsmittel am Kurt-Schumacher-Platz. Bereits in 2016 wird ein Planungswettbewerb ausgelobt, um keine Zeit zu verlieren. Im Jahr 2018 soll Baurecht auf dem Flugfeld geschaffen sein. Mit bauvorbereitenden Maßnahmen kann dann Anfang 2018 begonnen werden. Der Baubeginn für die Wohnungen wäre somit ab 2019 möglich. Das Quartier könnte nach Fertigstellung aller Bauten bis zu 10 000 Bewohner aufnehmen. Schon jetzt ist der Zuzug von Menschen aus den Innenstadtebenen mit stark steigenden Mietpreisen nach Reinickendorf zu spüren. Gerade wegen der Wohnungssituation in Berlin muss die Entscheidung, die Cité Pasteur als Wohnstandort zu erhalten, begrüßt werden. Das Gebiet wird künftig als Mischgebiet ausgewiesen. Das bedeutet, dass dort Wohnen und nicht störendes Gewerbe nebeneinander möglich sind. Zum Forschungs- und Technologiepark wird es eine Abschottung durch Flächen mit Schutzauflagen geben. Des Weiteren hat der Senat im März 2015 beschlossen, den Nachnutzungsprozess für

das Flughafenterminal fortzusetzen. Die Beuth-Hochschule für Technik wird auf dem Gelände ihren zweiten neuen großen Campus bekommen. Sie wird Motor und Anker für die Entwicklung des Forschungs- und Technologieparks.

Für die SPD-Fraktion in der Bezirksversordnetenversammlung Reinickendorf sind neue Arbeitsplätze als Ersatz für die Verlagerung des Flughafens eine gute Botschaft. Besonders wichtig ist die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum im Kurt-Schumacher-Quartier und daneben eine Anbindung nicht nur nach Süden, sondern auch mit Wegen für Radfahrer und Fußgänger Richtung Norden. Auf eine attraktive Anbindung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs beim neuen Wohnviertel kann nicht verzichtet werden. Schließlich ist es als autoarmes Gebiet geplant. Es darf kein isolierter Fremdkörper werden und muss mit dem Gebiet an der Scharnweberstraße verzahnt sein. Daher steht hier die Forderung für die Scharnweberstraße nach einer Ausweisung als Stadtumbaugebiet-West zur Debatte. Mit Hilfe dieses Programmes sollen schwerpunktmäßig Wegebeziehungen und Gemeinbedarfseinrichtungen gefördert oder neu geschaffen werden. Darüber hinaus entsteht eine Erweiterung des Erholungsgebietes südlich des Flughafensees mit der Tegeler Stadtheide. Nicht für alle Flächen erfolgt eine Aufforstung. Die heideartige Wiesenlandschaft, welche derzeit auf dem Flughafengelände vorhanden ist, soll weitestgehend erhalten bleiben. Aller wichtigste Botschaft: Von der Schließung des Flughafens werden die Gebiete profitieren, welche bisher unter dem Fluglärm und der Umweltbelastung gelitten haben. Und dies sind vor allem die Gebiete in der Umgebung des Kurt-Schumacher-Platzes und der Scharnweberstraße. **Ulf Wilhelm**

AWO Kreisverband Berlin-Nordwest e. V. Gruppen für Menschen mit Behinderung



Unsere Gruppen für Menschen mit Behinderung sind Angebote gemäß der Eingliederungshilfe. Die Aktivitäten der Gruppen sind auf ganz Berlin verteilt und so vielfältig und unterschiedlich wie die Teilnehmer selbst, denn diese bestimmen die Programme mit!

Wir bieten an:

- Kreatives Gestalten:** Malen, Basteln, Theaterspielen, Fotografieren
- Sportliche Aktivitäten:** Kegeln, Ballspiele, Schwimmen, Bowlen, Turnen
- Besichtigungen:** Museen, Ausstellungen, Institutionen, Betriebe kochen und Backen, Stadteilerkundungen und Tagesfahrten, Gärtnern, Politik entdecken, Kino und Disco und auf Wunsch noch vieles mehr!

Wählen Sie aus unserem Angebot eine Freizeitgruppe aus und besuchen Sie diese einen Monat auf Probe! Hierbei und bei der Finanzierung der Gruppe beraten wir sie gern:

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Berlin-Nordwest e. V.
Büro der Gruppen für Menschen mit Behinderung
 Hofackerzeile 1 B | 13627 Berlin
 Telefon: 030 - 383 034 96 oder 030 - 411 58 63
 Telefax: 030 - 383 034 98
 E-Mail: behinderten.arbeit@awo-nordwest.de
 oder kreisbuero@awo-nordwest.de
 Mehr Infos unter: www.awo-nordwest.de

Wandern in Portugals Alentejo

Ein romantischer Kurztrip

Früher war das Wandern des Müllers Lust. Heute machen das die Touristen oder „aktive Senioren“, auf die Reiseveranstalter zielen. Im Alentejo, im Süden von Portugal, hat die Tourismusbranche eine neue Wanderregion entdeckt. „Tourismo de Portugal“ wirbt mit den Sätzen: „Wenn Sie auf der Suche nach einem Ort sind, der zugleich inspirierend, wunderschön und voller Romantik ist, dann ist das Alentejo genau das Richtige.“ Diese Landschaft und historische Provinz erstreckt sich südlich des wichtigsten portugiesischen Flusses, des Tejo, bis zur Hochalgarve und von der spanischen Grenze bis zur Westküste. Die wellige Landschaft erreicht ganz selten Höhen von mehr als 200 Metern über dem Meeresspiegel – also ideal für Wanderungen. Es regnet wenig, das Klima ist mediterran-kontinental. Früher betrieben hier Großgrundbesitzer ihre Landwirtschaft, heute gibt es im Alentejo in jedem Fall edle Weine. Es gibt recht unterschiedliche Wanderwege – etwa die „Fischerpfade“ oder den historischen Wanderweg. Die Flugplätze von Lissabon und Faro liegen für die Anreise aus Deutschland am günstigsten.

Nähere Informationen unter www.rotavicentina.com

Nicole Borkenhagen

oben: Wandergruppen auf vielen Pfaden, Sonnenuntergang im Alentejo, unten: Schilder weisen den Weg, Verwinkelte Gassen in verwinkelten Orten
Fotos: Borkenhagen



Anzeigen

„Usedom – At Its Best“

Mit dem „Hotelier des Jahres“ auf Aktivkurs

I-KE-SU – JAPANISCHES RESTAURANT
in den Hallen am Borsigturm · 1.OG · Geöffnet Mo–Do 10:00 bis 21:00 Uhr
Fr und Sa 10:00 bis 22:00 Uhr · Tel.: 030/43 03 55 55 · www.ikesu.de

BEI VORLAGE DIESER RZ-ANZEIGE ERHALTEN SIE DAS **6-GANG-MENÜ FÜR 20 €**
Gültig bis 31. Mai 2015

Rolf Seelige-Steinhoff hat seine eigenen Ideen. Schon immer. Der geschäftsführende Gesellschafter der Seetel Hotels hat gemeinsam mit seinem Vater vor zwanzig Jahren das Unternehmen begründet – eine Erfolgsgeschichte. Jetzt betreibt er auf der Ferieninsel Usedom 15 Hotels, Residenzen und Villen und auf Mallorca das Vier-Sterne-Hotel „Bahia del Sol“. Ein Lohn der erfolgreichen Arbeit von Rolf Seelige-Steinhoff war im Februar der begehrte Branchenpreis „Hotelier des Jahres“, der ihm in einer festlichen Gala in Berlin überreicht wurde. Ausschlaggebend für diese Auszeichnung waren nicht allein die beträchtlichen Investitionen der Seetel-Gruppe in Höhe von mehr als 120 Millionen Euro. Das Konzept von Rolf Seelige-Steinhoff ist auch in der Ausbildung vorbildlich. So wird sein Unternehmen nicht ohne Grund als „touristisches Vorzeigeprodukt“ angesehen. Der Willy-Scharnow-Preis für innovative Aus- und Weiterbildungskonzepte im Tourismus war eine weitere Anerkennung für hervorragende Arbeit.

Ein Hotelier als Sympathieträger

Wer Rolf Seelige-Steinhoff trifft, versteht sehr schnell, warum er so erfolgreich ist und mit seinen Ideen und Taten rundum überzeugt. Er ist ein Sympathieträger



Rolf Seelige-Steinhoff – Hotelier im Familienbetrieb



Der „Ahlbecker Hof“ auf Usedom

Fotos: mk Salzburg



Das Team des Romantik-Hotel

– kein klappernder Werbemanager in eigener Sache. Er weiß, auf sein Gegenüber einzugehen, erwähnt neben den Vorteilen auch die Risiken und beeindruckt durch Fakten und stichhaltige Argumente. Unter solcher Anleitung muss sein Team – zu Spitzenzeiten sind es rund 450 Arbeitskräfte – mit vollem Engagement und ganzem Herzen bei der Sache sein. Das Romantik-Seehotel „Ahlbecker Hof“ ist auf Usedom die wahrscheinlich bekannteste Adresse. Doch die übrigen vierzehn Unterkünfte stehen dem „Ahlbecker Hof“ in keiner Weise nach. „Das Leben liebt Sie!“ lautet ein markanter Spruch

der Seetel-Gruppe. Und Seelige-Steinhoff nennt selbst sein grundlegendes Motto: „Liebe, Respekt, Sinn“. Im September wird er mit dem Hotel „Kaiserstrand“ auf Usedom einen weiteren Betrieb eröffnen. Es verwundert nicht, dass Rolf Seelige-Steinhoff als kunstsinniger und mitten im Alltagsleben stehender Unternehmer sich zahlreichen karitativen Projekten widmet und obendrein die Usedomer Literaturtage und das alljährliche Usedomer Musikfestival unterstützt. Ein Hotelier aus dem Bilderbuch – auf einer Sonneninsel.

AK

25 % Erlebnis-Rabatt

JETZT WIRD GESPART!
Bei Abgabe dieses Coupons erhalten Sie **25 % Rabatt** auf die 4-Stundenkarte für das Erlebnisbad.

keine Mehrfachrabattierung, keine Barauszahlung
gültig bis 30.06.2015

Mehr als ein Erlebnis.

ERLEBNISCITY ORANIENBURG



Berliner Olympiastadion



Foto: Wikipedia

Vergessener Radolymp: das Stadion Neukölln

Sportmetropole Berlin – einst und jetzt



Erinnerung an den Sportpalast



Arthur Abraham beim Privat-Sparring

Fotos: RZ

Berlin ist unbestritten Deutschlands Sportmetropole – auch wenn München auf den deutschen Fußballmeister abonniert ist, Kiel den Handball hoch hält oder mal ein Eishockeytitel nach NRW abwandert. Berlin ist verbunden mit Sportlernamen von Weltklasse wie Robert Harting, Claudia Pechstein oder Arthur Abraham. Gerade erst konnten die „Berlin Volleys“ die Bronzemedaille in ihrer Champions League erringen und dafür die Glückwünsche des Regierenden Bürgermeisters entgegennehmen. Die Stadt und der Sport bilden eine freundschaftliche Einheit. Berlin hat Sportstätten von internationalem Ruf – vom Olympiastadion über die O2World bis zur Max-Schmeling-Halle. Und Berlin steht für Sportereignisse von hohem Rang wie die Fußball-WM 2006, die Handball-WM 2007, die Leichtathletik-WM 2009, das alljährliche ISTAF, die German Open, das DFB-Pokalfinale oder den Berlin-Marathon. Zu dieser Reihe gehört das Finale der Fußball-Champions League, das am 6. Juni im Berliner Olympiastadion stattfindet. Der Sport in Berlin ist somit auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er stärkt die Wirtschaft, wie die Studie „Sportwirtschaft Berlin“ belegt, mit Umsätzen von jährlich mehr als einer Milliarde Euro. Das betrifft vor allem den Tourismus, den Einzelhandel und die Gastronomie.

Städten anders ausgegangen. Doch dafür tendierten die Aussichten von Berlin bereits gegen Null, als mit der Forsa-Umfrage das bescheidene Maß an Unterstützung durch die Berliner Bevölkerung bekannt wurde. Daran konnte auch die tolle Idee nichts ändern, Berlin als Kulturstadt doch wie einst 1936 wieder mit Kunstmedaillen auszustatten, als Arno Breker, der Lieblingsbildhauer des NS-Regimes, für seinen „Zehnkämpfer“ die olympische Silbermedaille erhielt. Und die nachträgliche Beschimpfung der DOSB-Entscheider/innen mit Argumenten der Altersdiskriminierung machte die Sache und den Ruf für Berlin auch nicht besser.

wieder erholt), das Radrennen „Rund um Berlin“, die Sechstagerennen im inzwischen abgerissenen Sportpalast an der Potsdamer Straße, die Ruderregatten in Grünau oder der Staffellauf Berlin-Potsdam. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand das erste Fußballspiel in Berlin vor 70 Jahren bereits am 20. Mai 1945 vor 10 000 Zuschauern im damaligen Stadion Lichtenberg statt. In West-Berlin gründeten sich ab 1949 private Sportvereine und in der Landesregierung gab es über Jahre eine/n Senator/in für Jugend und Sport, dessen „Freizeit- und Erholungsprogramm“ (kostenlose Nutzung städtischer Sportanlagen unter fachkundiger Leitung) Vorbildcharakter hatte. Die Teilung der Stadt brachte auch eine Teilung des Sports – obwohl zum Beispiel die Ausscheidungskämpfe für eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft bei den Sommerspielen in Tokio 1964 auf Entscheidung des IOC in West-Berlin stattfanden. Ein Vorschlag des Berliner Senats, sich gemeinsam mit Berlin/Ost, der Hauptstadt der DDR, beim IOC um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1968 zu bewerben, wurde von der DDR jedoch kategorisch abgelehnt. Viele bekannte Sportstätten der Nachkriegszeit – wie der Sportpalast, die Deutschlandhalle oder das Walter-Ulbricht-Stadion – existieren nicht mehr oder wurden umgebaut. Die Waldbühne wird heute – anders als in den ersten Nachkriegsjahren – nicht mehr für Boxkämpfe genutzt. Das Neuköllner Stadion, in den fünfziger Jahren die Hochburg des Radsports in Berlin, wo Champion Otto Ziege seine ersten Erfolge feierte, hat ausgedient. Zeiten und Umstände ändern sich – selbst wenn vieles beständig wiederkehrt, das mitunter in der Versenkung verschwunden ist. Das gilt für den Sport genauso wie für Politik, Wirtschaft oder Kultur. Was als erstrebenswert bleibt, sind Leichtigkeit und Frohsinn, mit denen Sport abseits von politischen Ränkespielen oder kommerziellen Interessen betrieben werden sollte. Auch hier hat die Sportmetropole Berlin nach wie vor einen Spitzenplatz.



Claudia Pechstein



Robert Harting

Berlins stolze Sport-Geschichte

Egal – Berlin ist im Sport weltweit ganz oben, mit oder ohne Olympia. Dabei kann es sich auf eine beeindruckende Tradition berufen, die vom Deutschen Turnbund des Jahres 1811 bis heute reicht. Vieles ist legendär, aber vorbei (und fast) vergessen – wie etwa die Auto- und Motorradrennen auf der Avus, die Pferderennen in Karlsruhorst und Hoppegarten (das sich gerade

Ohne Brekers Silbermedaille

So schön es – vielleicht – gewesen wäre, aber – ohne Hochmut oder verletzte Eitelkeit: Berlin braucht Olympia und die Spiele nicht. Zudem wurde in der Bewerbungszeit der Eindruck erweckt, mit der Entscheidung des DOSB würden die Spiele in Berlin (oder Hamburg) stattfinden. Ziemlich weit gefehlt, denn zunächst ist Boston Favorit beim IOC (jetzt hören wir, die Bostoner wollen gar nicht) und außerdem ist noch Paris für die Spiele 2024 aussichtsreich im Rennen. Wer durchfällt, ist automatisch bei der nächsten Bewerbung 2028 in der Konkurrenz. Vielleicht hat Hamburg dann eine Chance, die Berlin gehabt hätte, wäre der edle Wettstreit zwischen beiden

Bernhard Fischer

Anzeige

Die CineStarCARD

Punkte, Prämien, großes Kino!

CineStarCARD-Kunden genießen exklusive Vorteile:

- Pro 1 € Umsatz 10 Punkte sammeln und bereits ab 10 Besuchen* oder 1.250 Punkten Freitickets oder Prämien einlösen.
- Mit wechselnden Preisvorteilen sparen und bei tollen Gewinnspielen mitmachen.
- Exklusive Einladungen zu Sondervorführungen und Filmevents erhalten.
- Und das Beste: Die CineStarCARD ist völlig kostenlos.

JETZT ANMELDEN UND 250 PUNKTE SICHERN!

* Durchschnittsumsatz bei zehn gekauften Tickets inkl. Snacks im Gesamtwert von 125 €.

Jetzt an der Kinokasse, per App oder unter cinestar.de/card anmelden.

Impressum

SPD-Kreisverband Berlin-Reinickendorf
 Jörg Stroedter, Andreas Höhne, Bettina König, Jutta Küster, Carmen Regin, Gerald Walk

Chefredaktion: Alexander Kulpok (v.i.S.d.P.)
Mitarbeit: Nicole Borkenhagen, Alexander Ewers, Klaus Jacobi, Dirk König, Stefan Valentin

Anschrift der Redaktion: Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin
 Telefon: 030/411 70 36 Telefax: 030/414 67 27, www.spd-reinickendorf.de

Auflage: 82.000
Satz: verbum, Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, www.verbum-berlin.de
Druck: Henke Pressedruck GmbH & Co.KG

Flüchtlinge willkommen

Erlebnisbericht von Henry Mazatis

Als der Vorstand des Nordberliner SC davon erfuhr, dass fünf in Heiligensee untergebrachte Flüchtlinge den Wunsch äußerten Fußball spielen zu wollen, beschloss er einstimmig, sie im Verein willkommen zu heißen. Das klingt einfacher als es ist.

Fußball ist ja nicht Hallenhalma, sondern ein Sport, bei dem es immer wieder zu Verletzungen kommen kann. Also mussten erst einmal die versicherungstechnischen Fragen geklärt werden. Dann stellt sich die Frage, was nehmen Menschen mit, die auf der Flucht sind?

Natürlich keine Fußballsachen. Die Kleidung war nicht das Problem, da sammelt sich immer etwas an, was über den eingesetzten Bestand hinaus geht. Aber Schuhe! Das war schon schwieriger, denn die sind teuer. Mehmet Matur von „Butterfly-Sport“ kam uns bei den Preisen entgegen und Jörg Erchinger von der „Erchinger



Unser Sponsor Jörg Erchinger

Fotos: Mazatis

Fleisch und Wurstmanufaktur“ in der Greifswalder Straße erklärte sich bereit, die Kosten zu übernehmen. So ausgerüstet,

konnte das Training beginnen. Der Trainer der 2. Herrenmannschaft erklärte sich bereit, die Jungs in seiner Gruppe mit zu

betreuen. Das klingt einfacher als gesagt, wenn die Gruppe schon groß ist. Ein dicker Dank also auch an ihn.

Und dann das typische Problem beim internationalen Sport: „Sprecht ihr Englisch?“ – „Nein Deutsch!“

Das sorgte für Heiterkeit, hat aber einen Hintergrund. Eine Lehrerin von der Flüchtlingshilfe Heiligensee erteilt jede Woche Deutsch-Unterricht, so dass befürchtete Verständigungsschwierigkeiten kaum auftauchen.

Inzwischen sind es sechs und am Spielfeldrand stehen noch Zuschauer. Sport kann Grenzen überwinden, ist ein geeignetes Mittel zur Integration und hilft auch beim Erlernen der Sprache – anders als bei vielen Profis. Und wenn vor dem nach Hause gehen abgeklatscht wird, dann stellt sich das Gefühl ein, einiges richtig gemacht zu haben.

Die Geschäftsführer der Jugend und der

Herren des Nordberliner SC bedanken sich dafür noch einmal bei allen, die dabei mitgeholfen haben. Ein Beispiel für Willkommenskultur, die ja durchaus auch ihre sportlichen Seiten haben kann.



Unsere Jungs mit Christine und Henry bei butterfly-sports

Tröglitz im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt ...



Fotos: Borkenhagen

... sei „eine Schande für Deutschland“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Interview mit der „Welt am Sonntag“, weil das Geschehen dort international ein negatives Bild von Deutschland

entwerfe. Die für Flüchtlinge vorgesehenen Wohneinheiten in der Ernst-Thälmann-Straße waren in dem beschaulichen Ort in Brand gesteckt und fürs Erste unbewohnbar gemacht worden. Die evangelische Kirchengemeinde in Tröglitz hat sich nachhaltig für die Aufnahme der Flüchtlinge engagiert und ihr Sonntagsgebet unter das Motto des Römerbriefes gestellt: „Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat.“

Am 6. März trat der Bürgermeister von Tröglitz, der evangelische Theologe Markus Nierth von seinem Amt zurück, weil Rechtsextreme vor seinem Wohnhaus demonstrieren wollten und das Landratsamt dagegen nicht einschritt. Am 4. April, dem Ostersonntag, wurde die geplante

Flüchtlingsunterkunft in Brand gesteckt. Zwei Menschen, die in dem Neubaublock wohnten, konnten sich retten. Die Solidaritätsaktionen in Tröglitz gehen weiter.



125 Jahre „Tag der Arbeit“

Am 1. Mai 1890 demonstrierten zum ersten Mal Arbeiterinnen und Arbeiter in den USA und andernorts, um Geschlossenheit und Solidarität auszudrücken. Anlass war der vier Jahre zuvor in Chicago blutig unterdrückte Streik, der den Acht-Stunden-Tag zum Ziel hatte.

125 Jahre danach wird Europa von der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1929 erschüttert, unter der aktuell besonders die Länder Südeuropas leiden.

In Berlin findet die DGB-Kundgebung zum 1. Mai auf dem Platz des 19. März am Brandenburger Tor statt. Der Demonstrationzug beginnt um 10 Uhr am Hackeschen Markt und endet am Brandenburger Tor, wo die Kundgebung gegen 11.30 Uhr beginnt. Anschließend gibt es ein Kinder- und Familienfest auf der Straße des 17. Juni.

Die DGB-Jugend Berlin/Brandenburg hat ihre Mai-Demonstration unter Generationen verbindende Motto gestellt „Mach's wie Oma: 1. Mai – sei dabei!“

Anzeigen



Kreisverband Berlin-Nordwest e. V. Fahrbarer Mittagstisch

Ein Service der Arbeiterwohlfahrt im Berliner Norden.



Wir liefern Ihnen wochentags leckere und preiswerte warme Mittagessen nach Hause. Wir bieten warmes Essen auch an Feiertagen wie Ostern und Weihnachten an; auf Wunsch auch Feiertagsmenüs. Auch können Sie á la carte bestellen.

Wir beraten Sie gerne unter Tel.: 030-411 58 63.
E-Mail: kreisbuero@awo-nordwest.de

www.awo-nordwest.de

Johanniter-Stift Berlin-Tegel Ihr neues Domizil am Tegeler Hafen.



Wir pflegen und betreuen Sie professionell und fürsorglich im Herzen Tegels, direkt am Tegeler See. Sprechen Sie uns an. Gern beraten wir Sie zu unseren Angeboten.

Karolinenstraße 21, 13507 Berlin-Tegel
Tel. 030 33842855-01
www.johanniter.de/senioren/berlin-tegel

DIE JOHANNITER 
Aus Liebe zum Leben

Gerichte ab
4,90 €



Riesenschnitzel
Wiener Art
4,90 €

RISTORANTE MILANO

Mediterrane Atmosphäre, italienische Spezialitäten, erlesene Weine

Im Clou · Kurt Schumacher Platz 1, Ecke Scharnweberstraße
13405 Berlin · Telefon 030/4968018

Täglich von 11 bis 23 Uhr, Sonn- und Feiertags ab 12 Uhr

Besonders geeignet für Feiern jeder Art

Wir kümmern uns gerne –
als fairer Partner in schweren Stunden.

Zentrale
Reinickendorf/Wedding
Residenzstraße 68
13409 Berlin

030 49 10 11
www.ottoberg.de

Mit acht Filialen in Berlin
sind wir auch in Ihrer Nähe.

OTTO BERG

Otto Berg Bestattungen – ein Familienunternehmen seit 1879

